

## Antrag 86/DA01: Wirtschaftswende für Deutschland

Antragsteller*in:	Landesvorstand BY (LV Bayern)
Status:	angenommen
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 5 (Änderungsantrag 86/DA01-Ä002) - übernommen

1 Die Lage ist ernst. Die deutsche Wirtschaft leidet, wir befinden uns in einer  
2 Rezession. Deutschland braucht eine Wirtschaftswende. Wir brauchen eine neue  
3 Ära von Wachstum, Wohlstand und Innovation. Nur so kann Deutschland seiner  
4 Führungsrolle in Europa gerecht werden und seinen wichtigen Beitrag für die  
5 Souveränität und Verteidigungsbereitschaft Europas auch dauerhaft leisten.In  
6 einer Zeit, in der internationale Herausforderungen und geopolitische Spannungen  
7 spürbar zunehmen, ist eine klare, stabile und handlungsfähige Regierung für  
8 Deutschland unerlässlich.

6 Die FDP steht fest an der Seite der Ukraine. Die Ukraine verteidigt mit ihrem  
7 heldenhaften Kampf nicht nur ihre Freiheit, sondern auch unsere Werte.

8 Deutschland ist in Europa der größte Partner der Ukraine. Die militärische,  
9 humanitäre und finanzielle Hilfe umfasst ein Volumen in Höhe von 37,7 Mrd. €. Sie fand stets die Unterstützung der FDP und wird dies auch in Zukunft tun. Auf europäischer und internationaler Ebene ist es Christian Lindner gelungen, die Verhandlungen über die Nutzung der Erträge aus russischem Vermögen erfolgreich zum Abschluss zu bringen. Durch dieses Engagement wird der Ukraine ab 2025 ein 50 Milliarden Dollar-Kredit zur Verfügung stehen.

15 Christian Lindner hat als Bundesfinanzminister vier Milliarden Euro für die militärische Unterstützung im Bundeshaushalt 2025 vorgesehen. Darüber hinaus war ein weiteres Paket in Höhe von 500 Millionen Euro geeint. Die Einbringung ins Parlament wurde letztlich von der SPD blockiert.

19 In ihrem Freiheitskampf benötigt die Ukraine endlich weitreichende Waffen, wie das System Taurus. Wir Freien Demokraten sprechen uns schon lange für die Lieferung dieses Systems aus, denn wir wissen, ohne weitreichende Waffen wird die Ukraine der russischen Invasion nicht den Nachschub abschneiden können. Es ist tragisch für die die Ukraine, dass der Deutsche Bundeskanzler die Lieferung von Taurus weiterhin verhindert. Dies untergräbt die Glaubwürdigkeit der deutschen Unterstützung. Dafür trägt Olaf Scholz die volle Verantwortung.

26 Als Freie Demokraten haben wir fast drei Jahre staatspolitische Verantwortung

27 getragen. Wir haben in den letzten Jahren für gute Kompromisse gekämpft, aber

28 auch Kompromisse haben Grenzen. Die aktuelle Wirtschaftslage zeigt, dass wir

29

einen Kurswechsel brauchen.

30 Die Spitzen von SPD und Grünen waren aber nicht bereit über einen solchen  
31 Kurswechsel zu verhandeln. Dadurch war es nicht möglich eine Reformagenda auf  
32 den Weg zu bringen. Statt der von Christian Lindner vorgeschlagen Neuwahlen für  
33 einen geordneten Übergang, hat Olaf Scholz Christian Lindner aufgefordert einen  
34 Notlagebeschluss und damit neue Schulden zu unterstützen. Ein solcher Beschluss  
35 wäre aber gerade im Lichte des Bundesverfassungsgerichtsurteiles aus dem  
36 November 2023 verfassungswidrig.

37 Die zusätzlichen Schulden sollten aber auch nicht dazu dienen ein Reformprogramm  
38 zu finanzieren, sondern um ein weiter so von rot/grün zu ermöglichen. Dafür  
39 stehen wir Liberale nicht zur Verfügung. Was es jetzt braucht ist deshalb ein  
40 Kurswechsel und eine Reformagenda, sowie rasche Neuwahlen, die der noch  
41 amtierende Kanzler ermöglichen muss, indem er in der kommende Woche die  
42 Vertrauensfrage stellt.

### 43 **Wirtschaftswende Deutschland**

#### 44 **Konzept für Wachstum und Generationengerechtigkeit**

##### 45 **I. Deutschland schwächt sich selbst**

###### 46 Strukturelle Wachstumsschwäche in Deutschland

47 Unsere Volkswirtschaft hat unverändert große Stärken: Innovationskraft und  
48 geistiges Eigentum, qualifizierte Beschäftigte, ein kapitalstarker Mittelstand  
49 und eine industrielle Basis, die ihre Anpassungsfähigkeit schon oft bewiesen  
50 hat. Die erst kürzlich nochmals nach unten angepassten kurz- und mittelfristigen  
51 Prognosen zeigen aber, dass Deutschland sein Potenzial nicht abrufen kann. Zwar  
52 dämpfen auch konjunkturelle Faktoren das Wirtschaftswachstum, seine Schwäche  
53 reflektiert aber vor allem strukturelle Herausforderungen, Versäumnisse der  
54 Vergangenheit und politisch festgelegte Rahmenbedingungen.

55 Die Dynamik in Deutschland wird durch fünf Umfeldbedingungen gebremst:

56 · Geringes Produktivitätswachstum. Es ist eine deutlich abgeschwächte  
57 Produktivitätsdynamik zu beobachten, vor allem durch ein immer weiter wucherndes  
58 Regulierungs- und Bürokratiedickicht, in dem die traditionell hohe  
59 Innovationskraft Deutschlands und der Unter-nehmergeist zunehmend erstickt.

60 · Geringes Arbeitsvolumen. Mit dem Austritt vieler Baby-Boomer aus der  
61 Erwerbstätigkeit beschleunigt sich der demografische Wandel bei zugleich einer  
62 im internationalen Vergleich niedrigen Zahl an effektiven Arbeitsstunden je  
63 Beschäftigtem und Jahr. Nicht zuletzt wegen geschwächter Arbeitsanreize  
64 verschärft dies den bereits spürbaren Mangel an Fach- und Arbeitskräften und  
65 belastet die sozialen Sicherungssysteme.

66 · Sonderweg beim Klimaschutz. Als größte Volkswirtschaft der EU mit  
67 industrieller Basis strebt Deutschland bereits 2045 und unter Verzicht auf  
68 Kernenergie Klimaneutralität an. Die politisch forcierte Dekarbonisierung des  
69 Kapitalstocks in Deutschland führt zu einer verfrühten Abschreibung des  
70 „fossilen“, aber weiterhin produktiven Kapitalstocks der Unternehmen (so etwa  
71 Maschinen- und Fuhrparks), sowie zu stark steigenden Energiekosten. Zudem  
72 verlieren langlebige und weiterhin nutzbare Güter privater Haushalte (wie etwa

73 Heizungen oder PKW) an Wert. Hohe ökonomische Unsicherheit, verschlechterte  
74 Standortbedingungen in der Energieversorgung, die Bindung von Finanzmitteln des  
75 Staates für Subventionen und soziale Ausgleichsmaßnahmen sowie die Zurückhaltung  
76 von Haushalten und Unternehmen bei Investitionsentscheidungen sind die Folge.

77 · Hoher Investitionsstau. Im vergangenen Jahrzehnt hat Deutschland  
78 trotz günstiger makro-ökonomischer Faktoren (Zins und Wachstum) bestehende  
79 staatliche Investitionsmöglichkeiten ausgeschlagen. In der Folge wurden  
80 Infrastruktur, Digitalisierung und Bundeswehr unter-finanziert. Notwendige  
81 Erhaltungs- und Modernisierungsinvestitionen wurden vielmehr für die Ausdehnung  
82 des Wohlfahrtsstaats zurückgestellt. Zwar ist die Investitionsquote des Bundes  
83 unterdessen stark erhöht worden, die Beseitigung des bestehenden  
84 Investitionsstaus wird allerdings dauerhaft auf hohem Niveau verstetigten  
85 Mitteleinsatz für Infrastruktur, Digitalisierung und Bundeswehr fordern.

86 · Fragmentierung der Weltwirtschaft. Geoökonomische Faktoren und  
87 protektionistische Reaktionen belasten die tief in die Weltwirtschaft  
88 integrierte deutsche Volkswirtschaft über-proportional. Ein Verlust von  
89 Wettbewerbsfähigkeit würde die Wachstumsaussichten der deutschen Volkswirtschaft  
90 insbesondere dadurch schmälern, dass die produktivitätssteigernden Effekte von  
91 Innovationen in anderen Regionen der Welt realisiert würden.

92 Die Phase niedriger Zinsen, eine demografische „Atempause“ und vorteilhafte  
93 externe Faktoren sowie anschließend die akute Bewältigung außergewöhnlicher  
94 Krisen mittels expansiver Fiskalpolitik konnten Schwächen zeitweise überdecken.  
95 Die bekannten Herausforderungen wurden in den vergangenen Jahren von der Politik  
96 aber nicht nur nicht adressiert, sondern zum Teil vorsätzlich herbei-geführt.  
97 Deshalb ist eine Wirtschaftswende mit einer teilweise grundlegenden Revision  
98 politischer Leitentscheidungen erforderlich, um Schaden vom Standort Deutschland  
99 abzuwenden.

100 Schwaches Potenzialwachstum schränkt politische Gestaltungsräume mittel- und  
101 langfristig ein

102 Die strukturelle Wachstumsschwäche führt fiskalisch zu einem trendmäßig  
103 geringeren Wachstum der gesamtstaatlichen Einnahmen. Sollte sich in einem  
104 solchen Umfeld das gesamtstaatliche Ausgabenwachstum nicht entsprechend  
105 verringern, sondern unverändert steigen, würde dadurch die Solidität der  
106 Staatsfinanzen stark gefährdet. Dies würde auch Deutschlands Rolle als  
107 Stabilitätsanker der Eurozone in einem ohnehin angespannten fiskalischen Umfeld  
108 aufs Spiel setzen; mit unberechenbaren Konsequenzen für die Stabilität des  
109 Finanzsystems und Reaktionsfähigkeit der europäischen Geldpolitik.

110 Insbesondere eine solche Entwicklung zu verhindern, ist das Motiv der im  
111 Grundgesetz festgeschriebenen Schuldenbremse, indem sie eine Grenze für die  
112 strukturelle Neuverschuldung setzt. Gelingt es nicht, das Wachstumspotenzial zu  
113 erhöhen, um auf diesem Wege die Solidität der Staatsfinanzen zu sichern, führt  
114 die Schuldenbremse dazu, dass die gesamtstaatlichen Ausgaben in Jahren ohne  
115 außergewöhnliche Krisen auf einen restriktiveren Pfad im Einklang mit den  
116 schwächer steigen-den mittelfristigen Einnahmen sinken. Die Schuldenbremse zeigt  
117 dabei auf, was nachhaltig möglich ist, sodass mittel- und langfristige  
118 Wachstumsrisiken sich nicht zusätzlich in Tragfähigkeits- und Inflationsrisiken

119 übersetzen. Die Schuldenbremse ist Garant von Generationengerechtigkeit.  
120 Priorisierung von Investitionen in Infrastruktur, Digitalisierung und Bundeswehr  
121 muss fortgesetzt werden

122 Der Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2025 setzt bereits den Pfad der  
123 finanzpolitischen Normalisierung gegenüber den Krisenjahren fort (Abbildung 1).  
124 So wird der krisenbedingte Auf-wuchs der Schuldenstandsquote durch konsequente  
125 Priorisierung (Abbildung 2) konjunkturgerecht zurückgeführt, um wieder  
126 Risikopuffer für künftige Krisen aufzubauen und so die fiskalische Resilienz zu  
127 erhalten. Im Haushaltsentwurf 2025 wurden die Investitionen und Ausgaben für die  
128 Bundeswehr im Vergleich zu 2019 stark erhöht. Selbst in langjähriger Betrachtung  
129 liegen die öffentlichen Investitions-ausgaben auf Rekordniveau. Sie steigen im  
130 Jahr 2025 auf 81,0 Mrd. Euro bzw. 1,9 Prozent des BIP. In 2019 lagen sie noch  
131 bei nur 38,1 Mrd. bzw. 1,1 Prozent des BIP. Während in 2019 rund 10,5 Prozent  
132 der gesamten Ausgaben des Bundes für Investitionen ausgegeben wurden, ist der  
133 Anteil im Bundeshaushalt 2025 mit rund 20 Prozent eingeplant (Abbildung 2). Es  
134 stehen damit signifikant mehr Mittel für öffentliche Investitionen zur  
135 Verfügung. Es gilt nun auch noch die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die  
136 Mittel in den nächsten Monaten auch abfließen können und ein Anstieg der Inves-  
137 titionsausgaben in dieser Geschwindigkeit möglich ist. Die Bundesregierung  
138 beschleunigt bereits die Planungs- und Genehmigungsprozesse und arbeitet  
139 intensiv an einer besseren Absorptionsfähigkeit der Volkswirtschaft; jedoch  
140 sollte ein noch weit ambitionierteres Vorgehen beim Abbau der Hürden und  
141 Unsicherheiten verfolgt werden. Auch bei einer der Kernaufgaben des Staates, der  
142 Verteidigung, sieht der Regierungsentwurf einen signifikanten Anstieg des  
143 Anteils an den Gesamtausgaben auf 14,0 Prozent vor. Der Weg der Priorisierung  
144 und damit qualitativen Verbesserung des Bundeshaushalts muss auch in den  
145 kommenden Jahren weitergegangen werden.

146 Dieser Weg ist zugleich eine Verpflichtung für eine konsequente Reformpolitik:  
147 Denn ohne ambitionierte Maßnahmen, die das Potenzialwachstum wieder erhöhen,  
148 dürfte das Primat solider Staatsfinanzen eine noch stärkere Absenkung des  
149 mittel- und langfristigen Ausgabenwachstums erfordern.

150 Zu den geringen Aussichten für das Potenzialwachstum treten demografiebedingt  
151 die steigenden Kosten der Alterung. Ohne ein umfassendes Gegensteuern werden  
152 konsumtive und umverteilende Elemente zu einer weiteren „Versteinerung“ des  
153 Haushalts führen und dürften die langfristige Tragfähigkeit der Staatsfinanzen  
154 ebenfalls stark ins Risiko setzen. Um jungen und künftigen Generationen die  
155 Gestaltungsspielräume zu erhalten, ist die Schuldenbremse so konzipiert, dass  
156 demografiebedingte Handlungsbedarfe nicht ignoriert werden können, sondern zu  
157 einer fortlaufenden Priorisierung führen. Eine andauernde Wachstumsschwäche  
158 würde den demografiebedingten Konsolidierungsbedarf zur Sicherung der  
159 langfristigen Tragfähigkeit allerdings stark erhöhen. Ohne ein höheres Wachstum  
160 sind die steigenden Kosten für die im Verhältnis immer kleiner werdende junge  
161 Generation noch schwieriger zu schultern. Daher gilt mit Blick auf die  
162 Finanzierbarkeit der sozialen Sozialsysteme, dass angebotspolitische Maßnahmen  
163 zur Stärkung des Potenzialwachstums unerlässlich sind.

164 Konsolidierung ist unabhängig von der Schuldenbremse notwendig und Ergebnis der

165 neuen europäischen Fiskalregeln

166 Ein erhöhter Konsolidierungsbedarf folgt nicht allein aus der deutschen  
167 Schuldenbremse. Dass strukturell geringes Wachstum gepaart mit steigenden Kosten  
168 der Alterung den Konsolidierungsbedarf zur Sicherung der Tragfähigkeit stark  
169 erhöht, ist ein fundamentaler ökonomischer Zusammenhang, der unabhängig von  
170 konkreten Fiskalregeln gilt. Daher kommt beispielsweise die erstmalige Anwendung  
171 des reformierten europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt zu einem ähnlichen  
172 Ergebnis. Der EU-Rahmen basiert neben quantitativen Vorgaben für die Entwicklung  
173 der gesamtstaatlichen Schuldenstandsquote und des Defizits auf komplexen  
174 Tragfähigkeitsanalysen für die Mitgliedstaaten, die anders als die deutsche  
175 Schuldenbremse explizit die mittel- und langfristigen Erwartungen für das  
176 Potenzialwachstum, die Kosten der Alterung oder den Zinssatz auf Staatsschulden  
177 berücksichtigen.

178 Dabei ist die Einrichtung zusätzlicher großer Sondervermögen mit eigener  
179 Kreditermächtigung nicht mit den europäischen Regeln vereinbar, selbst wenn  
180 dafür ansonsten verfassungsgebende Mehrheiten in Deutschland erreichbar wären  
181 (etwa analog zum Sondervermögen Bundeswehr).

182 Denn erstens setzen die europäischen Regeln eine Grenze für die  
183 gesamtstaatlichen Ausgaben, also die Summe der Ausgaben von Bund, Ländern,  
184 Gemeinden, Sozialversicherungen, einschließlich der Sondervermögen von Bund und  
185 Länder.<sup>1</sup> Zum anderen stiege, sobald aus einem solchen Sondervermögen hohe  
186 Ausgaben getätigt werden, die zu einem höheren Bestand an ausstehenden  
187 Bundeswertpapieren beitragen, tendenziell die Schuldenstandsquote, die jedoch  
188 nach dem neuen Regelwerk für Mitgliedstaaten wie Deutschland mit  
189 Schuldenstandsquoten über 60 Prozent mittelfristig durchschnittlich sinken muss.  
190 Im Hinblick auf die gesamtstaatliche Haushaltsplanung sind neue Sondervermögen  
191 somit nicht mit den europäischen Fiskalregeln kompatibel und werden daher  
192 absehbar nicht eingerichtet werden können. Diese dennoch ständig und mit stetig  
193 variierenden Ausgabenzielen zu fordern, trägt lediglich zur bereits hohen  
194 politischen Unsicherheit bei.

195 Im laufenden Jahr reichen die Mitgliedstaaten erstmalig ihre finanzpolitisch-  
196 strukturellen Pläne (FSP) ein, mit der für Länder wie Deutschland mit  
197 Schuldenstandsquoten über 60 Prozent Nettoausgaben-pfade für eine  
198 Anpassungsperiode von vier bis sieben Jahren festgelegt werden, um die  
199 Tragfähigkeit der Staatsfinanzen in allen Mitgliedstaaten sicherzustellen und  
200 Schuldenstandsquoten abzubauen. Für Deutschland zeigt sich bei der regulären  
201 vierjährigen Anpassungsperiode, dass die Methodik des reformierten SWP im  
202 Vergleich zur Einhaltung der Schuldenbremse keine neuen gesamtstaatlichen  
203 Spielräume für die Finanz- und Haushaltspolitik eröffnet. Vielmehr gilt: Gegeben  
204 die fiskalische Ausgangssituation übersetzen sich die Erwartung struktureller  
205 Wachstumsschwäche, der nunmehr beschleunigte demografische Wandel und das Ende  
206 der Niedrigzinsphase in zusätzlichen Konsolidierungsbedarf im Vergleich zur  
207 Fiskalprojektion, die für den Bund auf dem Regierungsentwurf für den  
208 Bundeshaushalt 2025 und dem Finanzplan bis 2028 basiert (unter Einhaltung der  
209 Schuldenbremse). Dieser große zusätzliche Konsolidierungsdruck muss durch  
210 umfassende Strukturreformen zur Stärkung des mittelfristigen Wachstums und der

211 Sicherung der Sozialsysteme adressiert werden. Das sieht auch das europäische  
212 Regelwerk so vor und erlaubt bei entsprechenden Reformen eine Verlängerung der  
213 Anpassungsperiode auf sieben Jahre.

214 Auch die erstmalige Anwendung des reformierten Stabilitäts- und Wachstumspakt  
215 zeigt: Es bedarf einer weitaus ambitionierteren Wirtschafts- und Finanzpolitik  
216 für mehr Wachstumspotenzial in Deutschland. Das schafft Spielräume in den  
217 öffentlichen Haushalten, ohne die Solidität der Staatsfinanzen zu gefährden.  
218 Zugleich ist der Erfolg der reformierten europäischen Fiskalregeln für  
219 Deutschland als finanzpolitischer Stabilitätsanker in der Europäischen Union  
220 (EU) zentral. Denn kein anderes Land in Europa profitiert stärker vom Abbau von  
221 zum Teil deutlich überhöhten Schuldenquoten vieler Mitgliedstaaten und dem damit  
222 einhergehenden Risiko einer erneuten Staatsschuldenkrise durch die strikte  
223 Durchsetzung solider Ausgabenpfade in der EU. Der Erfolg der neuen Regeln hängt  
224 jedoch wiederum davon ab, dass Deutschland seiner Vorbildfunktion gerecht wird  
225 und diese konsistent und konsequent ausfüllt. Im Ergebnis profitiert ganz  
226 Europa.

227 Marktwirtschaft als Treiber der Erneuerung

228 Für ein höheres Potenzialwachstum in Deutschland bedarf es umfassender  
229 angebotspolitischer Maßnahmen. Schon im Sommer hat die Bundesregierung in ihrer  
230 Wachstumsinitiative Maßnahmen beschlossen, die einen ersten Impuls für mehr  
231 Wachstum setzen könnten. Um mittelfristig in Deutschland sichtbar höhere  
232 Wachstumsraten zu erreichen, müssen Tempo und Ambition der Anstrengungen aber  
233 signifikant erhöht werden.

234 In der wirtschaftspolitischen Debatte stehen sich dabei in Deutschland aktuell  
235 zwei unterschiedliche Denkrichtungen gegenüber:

236 · Vertikale Industriepolitik durch staatliche Feinsteuerung über  
237 kreditfinanzierte Subventionen

238 und selektive Regulierungen: Diese Denkrichtung setzt maßgeblich auf staatliche  
239 Technologieselektion und die damit verbundene Lenkung des Ressourceneinsatzes  
240 vorrangig durch Verbote und Subventionen. Die Wirtschaft soll sich im Detail an  
241 den Vorstellungen und Zukunftsideen der Politik ausrichten, die so die  
242 jeweiligen Gewinner und Verlierer festlegt. Je nach politischer Ausrichtung  
243 wird die wirtschaftliche Entwicklung dann (nicht immer konsistenten) politischen  
244 Zielen untergeordnet. Dieser Ansatz bestimmt zentral festgelegte  
245 „Transformationen“, welche die Gesellschaft durch staatliche Lenkung durchlaufen  
246 soll. Er ist zugleich oft durch den Wunsch begleitet, bestehende Strukturen und  
247 Industrien zu konservieren und vor dem internationalen Wettbewerb abzuschirmen,  
248 beispielsweise durch einen „Industriestrompreis“ oder Abwrackprämien zugunsten  
249 von E-Autos. Die vertikale Industriepolitik konzentriert sich dabei traditionell  
250 auf größere Unternehmen meist auch mit den stärksten Interessenvertretungen (wie  
251 Intel oder Thyssen-Krupp), vernachlässigt hingegen den Mittelstand, das Handwerk  
252 und insbesondere neue und junge Unternehmen. Durch die erhöhte  
253 Regulierungsdichte und Bürokratiekosten schwächt sie zugleich den Wettbewerb als  
254 Innovationstreiber, da neu in den Markt eintretende, bestehende Marktpositionen  
255 bestreitende Jungunternehmen diese Regulierungs- und Bürokratiekosten nicht

256 tragen können. Weil er mit umfassenden (Dauer-)Subventionen einhergeht, belastet  
257 dieser Ansatz die öffentlichen Haushalte zusätzlich und gefährdet die Solidität  
258 der öffentlichen Finanzen. Mehr noch: Da die Technologien und Zeitgeist sich  
259 permanent weiterentwickeln, sind Entscheidungen zur selektiven Intervention  
260 meist mit dem Zeitpunkt ihrer Umsetzung schon veraltet und tragen Entscheidungen  
261 und Machtstrukturen von gestern ins Morgen fort. Im Ergebnis führt dieser Ansatz  
262 zu erhöhter wirtschaftspolitischer Unsicherheit – Unternehmen investieren  
263 opportunistisch, um von kurzfristiger Förderung zu profitieren, entwickeln ihre  
264 Strukturen aber letztlich am Markt vorbei – was zu weiteren Subventionsappellen  
265 oder gar der Gefährdung des gesamten Geschäftsmodells führt, wenn die Realität  
266 sich verändert. Andere Unternehmen warten in Hoffnung auf weitere Subventionen  
267 ab. Doch weder Opportunismus noch Attentismus stärken die Wachstumsbasis einer  
268 Volkswirtschaft nachhaltig.

269 · Marktbasierter, diskriminierungsfreier und somit technologieoffener  
270 Angebotspolitik durch umfassende Verbesserungen des Ordnungsrahmens (= Soziale  
271 Marktwirtschaft): Gemäß dieser Denkrichtung, der sich die FDP Bayern zugehörig  
272 fühlt, stellt der erste Ansatz aufgrund der unvermeidbaren Informationsnachteile  
273 des Staates unrealistische Ansprüche an die staatliche Steuerungsfähigkeit. Jede  
274 politische Technologieentscheidung, gleich ob direkt durch Verbote und  
275 Regulierung oder indirekt durch Subventionen, verhindert potenziell die  
276 Entwicklung weiterer Alternativen und führt zu unnötig hohen Regulierungs- und  
277 Vermeidungskosten, die sich nachteilig auf die Wirtschaftsdynamik auswirken.  
278 Zudem stellt sich häufig im Nachhinein heraus, dass Politiker auf die falschen  
279 Industrien und Technologien setzen. Stattdessen besinnt sich dieser Ansatz auf  
280 das deutsche Erfolgsrezept, durch eine Verbesserung der allgemeinen  
281 ordnungspolitischen Rahmenbedingungen die Attraktivität, Wettbewerbsfähigkeit  
282 und Innovationskraft des Wirtschaftsstandorts umfassend und technologieoffen zu  
283 stärken. Er setzt, wo immer möglich, auf Preissignale und marktliche  
284 Ressourcenlenkung, um die Effizienz der deutschen Volkswirtschaft durch bessere  
285 Investitions- und Arbeitsanreize zu verbessern und so das Produktionspotenzial  
286 zu stärken. Zugleich setzt der Ansatz auf wirtschaftspolitische Maßnahmen mit  
287 doppelter Dividende, also auf potenzialstärkende Maßnahmen, die insgesamt die  
288 öffentlichen Haushalte entlasten. Der Ansatz ist kleinteiliger (Karl Schiller:  
289 „Bauchladen der Angebotspolitik“) und ergebnisoffen; er widerspricht damit oft  
290 den Erwartungen der politischen Öffentlichkeit nach „schnellen Lösungen“, einem  
291 „Pakt“ oder einem „Masterplan“.

292 Deutschland kann den strukturellen Herausforderungen für das Wirtschaftswachstum  
293 und die öffentlichen Haushalte nur dann erfolgreich begegnen, wenn es sich  
294 wieder auf die ordnungspolitische Tradition der Sozialen Marktwirtschaft  
295 besinnt. Das ist nicht zuletzt deswegen von zentraler Bedeutung, weil  
296 mittlerweile die politisch induzierte Unsicherheit und das damit einhergehende  
297 rationale Abwarten der Investoren und Unternehmen ein Haupthindernis für die  
298 Dynamisierung der Wirtschaft darstellen. Neue Maßnahmen bewirken daher nur dann  
299 den erhofften Erfolg, wenn sie sich in ein belastbares Gesamtkonzept einfügen,  
300 das über mehrere Legislaturperioden von der Mitte der Gesellschaft getragen  
301 werden kann.

302 II. Sofortprogramm in drei Handlungsfeldern: Wirtschaftspolitische  
303 Neuausrichtung zur Stärkung des Potenzialwachstums

304 Deutschland braucht eine Neuausrichtung seiner Wirtschaftspolitik, die  
305 quantitativ bedeutsam und grundsätzlicher Art ist. Damit können das Vertrauen  
306 von Unternehmen und privaten Haushalten gestärkt werden, sodass ein sich selbst  
307 verstärkender Prozess wirtschaftlicher Dynamik in Gang kommt – und an dessen  
308 Ende neue internationale Standortattraktivität für Unternehmen, Kapital und Top-  
309 Talente steht. Erfolgreiche Turn-Around-Stories weltweit und der Blick in die  
310 deutsche Wirtschaftsgeschichte zeigen: Es geht.

311 Dieses Vertrauen trägt auch langfristig, wenn zugleich der Rahmen solider  
312 Finanz- und Haushaltspolitik eingehalten wird, der sich aus den Vorgaben der  
313 grundgesetzlichen Schuldenbremse und dem neuen europäischen Regelwerk ergibt. Im  
314 Nachfolgenden sind Maßnahmen für eine solche Neuausrichtung in den drei  
315 drängendsten Handlungsfeldern beschrieben. Diese Reformen wären zugleich  
316 geeignet, um eine Verlängerung der Anpassungsperiode im FSP im Rahmen der  
317 europäischen Fiskalregeln zu rechtfertigen, soweit dies von Nöten sein sollte.

318 Handlungsfeld 1: Neue Dynamik entfesseln

319 Die deutsche Wirtschaft benötigt umgehend neuen finanziellen und regulatorischen  
320 Spielraum, um auf ihre veränderten Rahmenbedingungen eigenverantwortlich  
321 reagieren zu können:

322 · Sofortiges Moratorium zum Stopp aller neuen Regulierungen

323 Für die nächsten drei Jahre sollte ein striktes Moratorium dafür sorgen, dass  
324 keine neuen Regulierungen und keine neue Bürokratie in Deutschland beschlossen  
325 werden. Insbesondere sollte in diesem Zeitraum die volle Konzentration auf dem  
326 Abbau von Regulierung und Standards liegen. Neue Gesetzesvorhaben sollten  
327 entweder ganz entfallen oder, wo dies nicht möglich ist, so ausgestaltet sein,  
328 dass Bürokratie und Regulierung durch das Vorhaben sinken und keinesfalls  
329 steigen. Das gilt insbesondere für die vom Bundesminister für Arbeit und  
330 Soziales vorgelegte Fassung des Tarifreuegesetzes, für das  
331 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, das Entgelttransparenzgesetz, das  
332 Beschäftigtendatengesetz und die arbeitgeberfinanzierte Familienstartzeit. Sie  
333 alle passen in der aktuell diskutierten Form nicht zu den Herausforderungen des  
334 aktuellen wirtschaftlichen Umfelds.

335 · Erleichterung von den Nachweis- und Berichtspflichten des „Green  
336 Deal“

337 Nachweis- und Berichtspflichten müssen auf ein notwendiges Minimum reduziert  
338 werden. Europäische Maßgaben konterkarieren jedoch ambitionierte nationale  
339 Anstrengungen zum Bürokratieabbau. Die umfassenden Change-Prozesse in  
340 berichtspflichtigen Unternehmen binden finanzielle und Humanressourcen, die in  
341 wertschöpfenden Bereichen fehlen. Deutschland sollte in der EU und gegenüber der  
342 EU-Kommission die Abschaffung der zusätzlichen Berichts- und Nachweispflichten  
343 aus dem „Green Deal“ bewirken. Hierzu sollten Allianzen der Mitgliedstaaten und  
344 Initiativen im Rat (Ratsschlussfolgerungen) herbeigeführt werden, die  
345 perspektivisch auf die Abschaffung der EU-Taxonomie, der EU-Richtlinie zur  
346 Nachhaltigkeitsberichterstattung (Corporate Sustainability Reporting Directive),

347 der EU-Lieferkettenrichtlinie (Corporate Sustainability Due Diligence Directive)  
348 und des Aktionsplans für Kreislaufwirtschaft zielen. Insbesondere in den  
349 Beratungen zum Draghi-Bericht kann eine derartige Initiative einfließen. In  
350 jedem Fall muss auf europäischer Ebene klargemacht werden, dass Deutschland nur  
351 eine drastische Reduktion der Bürokratie und Regulierungen akzeptiert.

352 ·         Signifikanter Einstieg in die Abschaffung des Solidaritätszuschlags  
353 und Senkung der Körperschaftsteuer

354 Ausdruck für die aktuell schlechten Rahmenbedingungen für Unternehmen in  
355 Deutschland ist die Entwicklung der privaten Investitionen. Anders als  
356 beispielsweise in den Vereinigten Staaten und Frankreich bewegen sich die  
357 Unternehmensinvestitionen seit dem Jahr 2018 im Durchschnitt abwärts. Der zuvor  
358 steigende Trend ist somit schon vor der Corona-Pandemie gebrochen (Abbildung 3).  
359 Verschiedene Faktoren tragen zum Absturz Deutschlands in unterschiedlichen  
360 Standortrankings bei. Die im internationalen Vergleich zu hohe Besteuerung von  
361 Unternehmen und Arbeitnehmern sticht jedoch besonders hervor (Abbildung 4).

362 In den vergangenen Jahren haben viele G7- und EU-Mitgliedstaaten ihre  
363 Unternehmenssteuern signifikant gesenkt. Daher sollte in Deutschland die  
364 Unternehmenssteuerbelastung mittelfristig zumindest auf 25 Prozent sinken.

365 Zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts und als Anreiz für  
366 Innovation und Produktivitätssteigerungen sind allgemeine  
367 Unternehmenssteuersenkungen das geeignete Mittel. Selektive Subventionen etwa  
368 von Investitionen können abgesehen von möglichen beihilferechtlichen Fragen und  
369 bürokratischen Belastungen die strukturellen Ursachen nicht adressieren und  
370 führen zu einer ineffizienten Umlenkung von Ressourcen. Im Falle einer  
371 Investitionsprämie als Auszahlung würden zudem nicht erfolgreiche Unternehmen  
372 ohne Ertrag ebenfalls profitieren.

373 Als Sofortmaßnahme sollte der Solidaritätszuschlag, der überwiegend von  
374 Unternehmen, Selbständigen, Freiberuflern sowie Hochqualifizierten gezahlt  
375 wird, entfallen. Verfassungsrechtliche Bedenken sowie die alleinige  
376 Entscheidungsfreiheit des Bundes ohne Beteiligung des Bundesrates legen dies  
377 nahe. Er sollte in einem ersten Schritt im Jahr 2025 um 2,5 Prozentpunkte auf 3  
378 Prozent abgesenkt werden. In einem zweiten Schritt könnte er im Jahr 2027 dann  
379 vollständig entfallen.

380 Um die Glaubwürdigkeit dieser Politik zu stärken, sollte zudem die  
381 Körperschaftsteuer in einem ersten Schritt unmittelbar im Jahr 2025 signifikant  
382 um zwei Prozentpunkte reduziert werden. Die weiteren Schritte sollten spätestens  
383 in 2027 und 2029 folgen.

384 Weitere Steuern und Abgaben, die eine erfolgreiche Unternehmensentwicklung in  
385 Deutschland verhindern, sollten zusätzlich auf den Prüfstand gestellt werden. So  
386 sollte beispielsweise der Wettbewerbsnachteil für Fluggesellschaften in Europa,  
387 der durch die deutsche Luftverkehrssteuer entsteht, durch eine Absenkung der  
388 Luftsicherungsabgaben ausgeglichen werden.

389 ·         Innovationssprünge und mehr Dynamik insb. durch mehr Wagniskapital  
390 und Spitzenforschung Deutschland muss ein führender Ort für Innovationen  
391 bleiben. Neue Ideen und junge Unternehmen sollten die richtigen

392 Rahmenbedingungen zur Entfaltung erhalten. Dazu zählen eine dynamische  
393 Reallokation von Ressourcen in der Volkswirtschaft, eine Senkung der Kosten des  
394 Scheiterns neuer Projekte und das Ökosystem für ausreichend privates  
395 Risikokapital. Die WIN-Initiative („Wachstums- und Innovationskapital für  
396 Deutschland“) des BMF wird gemeinsam mit einem breiten Bündnis aus Wirtschaft,  
397 Verbänden, Politik und der KfW die

398

399

400 Rahmenbedingungen für Wachstums- und Innovationskapital in Deutschland  
401 nachhaltig verbessern. Durch ein umfangreiches Maßnahmenpaket soll die  
402 Finanzierung von Start-ups, Scale-ups und innovativen Unternehmen gestärkt  
403 werden. Bereits jetzt gibt es Zusagen für 12 Mrd. Euro zusätzlicher  
404 Investitionen in Innovations- und Wachstumsunternehmen. Die WIN-Initiative ist  
405 beispielhaft für wirtschaftspolitische Maßnahmen mit doppelter Dividende: Sie  
406 stärkt Innovation und Wachstum ganz ohne staatliche Förderung und zentrale  
407 Lenkung von Kapitalflüssen.

408 Grundlage für Innovationen ist die Spitzenforschung, ein Bereich in dem  
409 Deutschland nach wie vor weltweit in der Spitzengruppe liegt. Es muss jedoch  
410 gelingen, wieder technologische Höchstleistungen zu zeigen. Dafür sollte die  
411 Forschung durch flexible Finanzierungsinstrumente, ein technologieoffenes  
412 Forschungsfreiheitsgesetz und eine signifikante Erhöhung der Förderung um 1 Mrd.  
413 Euro einen Schub erhalten. Denn finanzielle staatliche Mittel zur  
414 Forschungsförderung sind unstrittig gut investiert. Dafür müssen die Prioritäten  
415 richtig gesetzt werden.

416 Handlungsfeld 2: Europäische Klimapolitik statt deutschem Sonderweg  
417 Deutschland kann die bisher aufgrund eines europäisch (und damit auch global)  
418 wirkungslosen nationalen Klimaziels gebundenen privaten Ressourcen und  
419 öffentlichen Mittel neu nutzen, um Wettbewerbsfähigkeit zurückzugewinnen:

420 · Ersetzen der nationalen durch die europäischen Klimaziele

421 Deutschlands Anteil an den weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen beträgt nur 1,3 Prozent  
422 (Abbildung 5). Ein wirksamer Klimaschutz kann sich daher nicht auf nationale  
423 Maßnahmen konzentrieren, sondern muss möglichst globale Anstrengungen im Fokus  
424 haben. Es hilft dem Klimaschutz nicht, wenn Deutschland als vermeintlicher  
425 globaler Vorreiter möglichst schnell und folglich mit vermeidbaren  
426 wirtschaftlichen Schäden und politischen Verwerfungen versucht, seine  
427 Volkswirtschaft klimaneutral aufzustellen. Vielmehr gilt es, nicht die Rolle  
428 eines Vorreiters, sondern die eines Vorbilds anzustreben, das eine wachsende  
429 Volkswirtschaft mit der Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen verbindet und durch  
430 strategisches Agieren die weltweite Emissionsreduktion steigert. Dazu gehört  
431 insbesondere auch beim internationalen Klimaschutz auf die Bepreisung von CO<sub>2</sub> zu  
432 setzen und klimabezogene Transfers mit Augenmaß und nur im Gleichschritt mit  
433 anderen Staaten auszuführen.

434 Während die EU im Jahr 2050 klimaneutral werden will, zielt Deutschland  
435 weiterhin auf Klimaneutralität schon im Jahr 2045. Relativ ambitionierte

436 nationale Klimaziele führen im europäischen Emissionshandel jedoch nicht zu  
437 einer schnelleren Erreichung europäischer Ziele, sondern lediglich zu einer  
438 Reduktion der notwendigen Anstrengungen anderer Mitgliedstaaten. Daher sollten  
439 die nationalen Ziele, wie die nationalen Zwischenziele, durch die europäischen  
440 Ziele ersetzt werden.

441 Mehr Zeit bei der Ziel- und Zwischenzielerreichung böte die Möglichkeit, die  
442 besonders schwer zu erreichenden Emissionsminderungen zu geringeren  
443 Vermeidungskosten zu erreichen und würde durch ein stärkeres klimapolitisches  
444 Level-Playing-Field in Europa die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands steigern. In  
445 Deutschland würden die Kosten der Dekarbonisierung für Unternehmen und Haushalte  
446 spürbar sinken, ohne den europäischen Klimaschutz zu schwächen.

447 · Abschaffung von unnötigen klimapolitischen Regulierungen und  
448 Subventionen

449 Ab dem Jahr 2027 werden neben den Emissionen der Sektoren Energie und Industrie  
450 die Emissionen der Sektoren Verkehr und Gebäude in einem europäischen  
451 Emissionshandelssystem begrenzt. Zusätzliche sektorbezogene Regelungen sind  
452 nicht notwendig; sie verteuern lediglich die Dekarbonisierung. Alle  
453 sektorbezogenen Ziele sollten abgeschafft werden.

454 Zudem sollte Deutschland auf europäischer Ebene insbesondere die Abschaffung der  
455 Regulierungen zur Energieeffizienz, Gebäudeenergieeffizienz und der  
456 Flottengrenzwerte durch-setzen. Ebenso ist ein gesetzlich festgelegter Zeitpunkt  
457 für den Kohleausstieg nicht notwendig. Zusätzliche Subventionen auf nationaler  
458 Ebene sind ebenfalls nicht notwendig und führen innerhalb der  
459 Emissionshandelssysteme lediglich zu einer Umverteilung von Wohlstand zwischen  
460 EU-Mitgliedstaaten. Deshalb sollten klimapolitisch motivierte Dauersubventionen  
461 abgeschafft und der Klima- und Transformationsfonds (KTF) aufgelöst werden.  
462 Zudem sollte hierzu sowie zur Stärkung des Binnenmarktes auf EU-Ebene die  
463 transformationsbezogenen Abschnitte des Temporary Crises and Transition  
464 Frameworks (TCTF) nach dem Jahr 2025 aus-laufen.

465 Konkret können bei Angleichung der nationalen und europäischen Ziele die  
466 Bundesförderung effiziente Gebäude (BEG) und die Bundesförderung effiziente  
467 Wärmenetze (BEW) reduziert oder zeitlich gestreckt werden. Im  
468 Gebäudeenergiegesetz könnte der Zeitpunkt, ab dem Heizungen vollständig  
469 klimaneutral sein müssen, um fünf Jahre verschoben werden, der Anteil  
470 erneuerbarer Energien dabei von 65 Prozent bei neuen Heizungen zunächst  
471 abgesenkt und erst später erhöht werden, stets im Einklang mit dem  
472 Wärmeplanungsgesetz (WPG), bei dem die Zielwerte für den Anteil erneuerbarer  
473 Energien oder unvermeidbarer Abwärme in Wärmenetzen ebenfalls reduziert oder die  
474 Zielerreichungszeitpunkte nach hinten verschoben werden sollten. Das  
475 Förderprogramm Klimaschutzverträge könnte ebenfalls weitgehend entfallen.

476 Um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der EU-Industrieunternehmen zu  
477 erhalten, sollte der Grenzausgleichsmechanismus mit der Befreiung der Exporte  
478 von CO<sub>2</sub>-Kosten ergänzt werden.

479 · Ausstieg aus der Subventionierung Erneuerbarer Energie und Anpassung  
480 der Netzausbaupläne Die im Trend zunehmende Förderung der Erneuerbaren Energien

481 (EEG) hat mittlerweile untragbare finanzielle Dimensionen erreicht (Abbildung  
482 6), obwohl diese Förderung in einem europäischen Emissionshandelssystem nicht zu  
483 zusätzlichen Emissionseinsparungen führt. Daher sollten die staatlich  
484 garantierten Ausbaupfade sowie Vergütungen in den nächsten Jahren auf Null  
485 abgesenkt werden. Dies würde auch stärker als heute gewährleisten, dass die  
486 Systemvoraussetzung für eine überwiegend erneuerbare Stromgewinnung,  
487 beispielsweise der Netz- und Speicherausbau, mit dem Ausbau von PV- und  
488 Windanlagen Schritt halten kann.

489 Der erhebliche Anstieg von Stunden mit negativen Großhandelspreisen auf dem  
490 Strommarkt ist ein starkes Signal dafür, dass das nicht der Fall ist und es  
491 daher keiner EEG-Förderung mehr bedarf: Anfang Mai gab es erstmalig in der  
492 Geschichte des deutschen Strommarkts acht Tage hintereinander mit negativen  
493 Strompreisen. Mit der Änderung des EEG sollten zu-gleich die Netzausbaupläne  
494 angepasst werden. Die derzeit betrachteten Szenarien bilden ei-ne  
495 technologieoffene Energieversorgung nicht ausreichend ab und führen zu  
496 übermäßigen Netzausbaukosten. Es bedarf einer grundsätzlichen Überprüfung der  
497 bereits im Bundesbedarfsplan gesetzlich festgeschriebenen Leitungen.

498 · Ermöglichung des Einsatzes der vollen Bandbreite an Technologien  
499 Eine zentrale Technologie für eine Kosten einhegende Dekarbonisierung ist Carbon  
500 Capture and Storage (CCS). Die Speicherung sollte an Land und die Anwendung  
501 nicht nur für schwer vermeidbare Emissionen, sondern unbeschränkt zugelassen  
502 werden. Zudem geht ein höheres Energieangebot mit sinkenden Preisen einher. Dazu  
503 bedarf es insbesondere einer Diversifizierung der Gasversorgung, damit keine  
504 einseitige Abhängigkeit von Gasimporten entsteht. Dafür sollte die heimische  
505 Erdgasförderung ausgebaut werden, wozu sich aktuell das Gasfeld in Borkum und  
506 Fracking-Verfahren anbieten. Grundsätzlich muss die Klima- und Energiepolitik  
507 die ganze Bandbreite an Technologien zulassen, um die Kosten zu reduzieren.

508 Handlungsfeld 3: Mobilisierung des Arbeitsmarkts

509 Die Regelungen rund um den Arbeitsmarkt in Deutschland müssen die individuelle  
510 Leistungsbereitschaft und Eigenverantwortung wieder ins Zentrum rücken, um das  
511 Arbeitsvolumen und private Initiative zu steigern:

512 · Abbau monetärer Fehlanreize bei Arbeitsaufnahme und -ausweitung  
513 Deutschland ist im relevanten internationalen Vergleich Schlusslicht bei der  
514 effektiven jährlichen Arbeitszeit je Beschäftigten (Abbildung 7). Es braucht  
515 dringend verbesserte Rahmenbedingungen und Anreize, um die Arbeitszeiten in  
516 Deutschland signifikant auszuweiten.

517 Die Bürgergeld-Regelsätze sind im Jahr 2024 überproportional angestiegen. Sie  
518 liegen im Jahr 2025 weiterhin über dem Bedarf und sollten daher durch die  
519 Abschaffung der „Besitzstandsregelung“ abgesenkt werden, um Arbeitsanreize zu  
520 stärken. Zudem gilt es, die bereits bestehenden Möglichkeiten zur Stärkung der  
521 Eigenverantwortung konsequent anzuwenden und durchgehend verbindlich  
522 auszugestalten. Das Zusammenspiel von Bürgergeld, Kosten der Unterkunft,  
523 Wohngeld und Kinderzuschlag führt bei vielen Haushaltskonstellationen dazu,  
524 dass sich die Aufnahme oder Ausweitung von Arbeit monetär nicht lohnt. Das

525 System sollte reformiert werden. Modelle dafür liegen vor, insb. solche bei  
526 denen es zu keinen zusätzlichen Haushaltsbelastungen und keiner Ausweitung der  
527 Anzahl der Transferempfänger kommt. Individuelle Schlechterstellungen gegenüber  
528 dem Status Quo sind dabei unvermeidlich, aber im Sinne von Aktivierung und  
529 Anreizorientierung auch zu begrüßen.

530 · Ausweitung der Arbeitszeiten zur besseren Nutzung des  
531 Arbeitskräftepotenzials

532 Die gesetzlichen Vorgaben zur Arbeitszeit sollten flexibler und zeitgemäß  
533 ausgestaltet werden, um das Potenzial des Arbeitsmarkts zu heben. Dadurch  
534 können die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhöht und Teilzeitbeschäftigten  
535 mehr Arbeitszeit ermöglicht werden. Dazu sollte etwa eine Umstellung von der  
536 täglichen auf eine wöchentliche Höchstarbeitszeit erfolgen; zudem könnten  
537 Öffnungsklauseln für Ruhezeitregelungen genutzt werden. Auch der Krankenstand  
538 ist in Deutschland im internationalen Vergleich zu hoch. Es müssen hier  
539 Regelungen gefunden werden, die einen besseren Ausgleich zwischen  
540 Bürokratievermeidung und Anzeizeffekten finden. Als „quick win“ sollten die  
541 während der Corona-Pandemie geltenden Sonderregelungen zur telefonischen  
542 Krankschreibung ersetzt werden.

543 · „Tarif auf Rädern“ zur dauerhaften Vermeidung der Kalten Progression

544 Die Beitragsbemessungsgrenzen für die Sozialversicherungen werden jedes Jahr  
545 automatisch erhöht. Der Abbau der kalten Progression muss hingegen jedes Jahr  
546 durch ein eigenes Gesetzgebungsverfahren festgelegt und ausgehandelt werden. Für  
547 die Jahre 2025 und 2026 ist die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger im  
548 Haushaltsentwurf und Finanzplan enthalten, sowie in der Wachstumsinitiative  
549 vereinbart. Durch den Abbau der kalten Progression werden die Steuerzahlerinnen  
550 und Steuerzahler zusammen mit den anderen vereinbarten steuerlichen Maßnahmen in  
551 den kommenden beiden Jahren um insgesamt rund 23 Milliarden Euro entlastet. Für  
552 die Zeit nach 2026 braucht es auch für die Kalte Progression einen gesetzlich  
553 verankerten und damit verlässlichen Automatismus („Tarif auf Rädern“), der - wie  
554 bei den Beitragsbemessungsgrenzen - jährlich die Verschiebung der Tarifeckwerte  
555 auf Basis gesetzlich vorgegebener Kennzahlen vorsieht. Ein glaubwürdiger  
556 Mechanismus zur Vermeidung von versteckten Steuererhöhungen schafft Vertrauen  
557 und stärkt den privaten Konsum.

558 · Eindämmung des Anstiegs der Sozialversicherungsbeiträge zur  
559 Sicherung der Generationengerechtigkeit

560 Das Umlagesystem in der Altersversorgung kommt unter Druck: Die  
561 durchschnittlichen Arbeitsjahre steigen nicht in gleichem Ausmaß wie die  
562 durchschnittliche Anzahl der gesunden Jahre (Abbildung 8). Dadurch werden die  
563 jungen Generationen immer stärker belastet und der Arbeitskräftemangel  
564 verstärkt. Daher sollte ein echter flexibler Renteneintritt ermöglicht werden.  
565 Die Abschläge bei einem frühzeitigen Renteneintritt und Zuschläge bei späterem  
566 Renteneintritt sollten dafür versicherungsmathematisch begründet angepasst  
567 werden. Ein selbstbestimmter flexibler Renteneintritt passt besser zu den  
568 vielfältigen Lebensentwürfen der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland. Außerdem  
569 wird bei der Setzung des Mindestrentenniveaus die im Jahr 2007 beschlossene  
570 Anhebung des Rentenzugangsalters von 65 auf 67 Jahre bis 2031 bisher nicht

571 nachvollzogen. Konsequenterweise sollte allerdings auch hier von einer  
572 entsprechend längeren Lebensarbeitszeit ausgegangen werden.

573 Neben der Gesetzlichen Rentenversicherung kommen die staatlichen Systeme für  
574 Gesundheit und Pflege durch den demografischen Wandel unter Druck. Ein  
575 steigender Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung führt schon für sich  
576 genommen zu einem erhöhten Kostendruck im Bereich Gesundheit und Pflege. Hinzu  
577 treten ungünstige Kostenentwicklungen beispielsweise bei Arzneimitteln oder  
578 steigende Personalkosten, vor allem infolge zu-nehmender Engpässe auf dem  
579 Arbeitsmarkt bei vergleichsweise geringem Automatisierungspotenzial. Eine  
580 Finanzierung dieser Kosten der Alterung durch steigende Beiträge der Jungen  
581 würde Arbeits- und Beschäftigungsanreize weiter schwächen, zugleich sind diese  
582 Bedarfe für den Bundeshaushalt nicht darstellbar. Daher bedarf es weitreichender  
583 Reformen zur Hebung von Effizienzreserven.

584

585 III. Zukunftshaushalt 2025 als Bestandteil der Wirtschaftswende

586 Ein schuldenfinanzierter Aufwuchs der Staatsausgaben ist weder mit einer soliden  
587 Finanz- und Haushaltspolitik noch mit den beiden Regelwerken – national die  
588 Schuldenbremse und europäisch der Stabilitäts- und Wachstumspakt – kompatibel.  
589 Gleichzeitig werden konjunkturell bedingte Schwankungen in beiden Regelwerken  
590 (z.B. bei der nationalen Schuldenregel durch die Konjunkturkomponente der  
591 zulässigen Nettokreditaufnahme) berücksichtigt und zeigen deren Flexibilität,  
592 insbesondere um automatische Stabilisatoren wirken zu lassen.

593 Eine kluge Finanzpolitik zeigt sich darin, dass Ausgaben priorisiert werden, die  
594 zu den Kernkompetenzen des Staates gehören und die Zukunftsfähigkeit, die  
595 Resilienz und das Wachstumspotenzial der Volkswirtschaft steigern. Der im August  
596 2024 beschlossene Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2025 und der Finanzplan  
597 bis 2028 unternehmen nach der expansiven Finanzpolitik der außer-gewöhnlichen  
598 Krisenjahre erste Schritte zur quantitativen Normalisierung und qualitativen  
599 Verbesserung des Bundeshaushalts (vgl. Abbildungen 1 und 2).

600 Die neueste Projektion der Bundesregierung zur gesamtwirtschaftlichen  
601 Entwicklung vom 14. Oktober 2024 und die darauf basierende Steuerschätzung vom  
602 25. Oktober 2024 zeigen jedoch, dass diese Schritte nicht ausreichend sind:

603 · Gegenüber der dem Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2025  
604 zugrundeliegenden Steuerschätzung vom Mai 2024 verringert sich die Einnahmehasis  
605 des Bundes allein aus konjunkturellen Gründen um 5,1 Mrd. Euro. Dabei ist  
606 bereits die entlastende Wirkung der Wachstumsinitiative von rd. 6 Mrd. Euro  
607 berücksichtigt. Die dazu im Regierungsentwurf enthaltene Globale Mehreinnahme  
608 ist daher aufzulösen. Damit verringert sich konjunkturell bedingt die  
609 Einnahmehasis um rd. 11 Mrd. Euro. Hinzu kommen weitere einnahmeseitige  
610 Belastungen, z.B. durch EU-Abführungen im Rahmen der Hochwasserhilfe oder  
611 absehbare Mindereinnahmen bei Kfz- und Versicherungssteuer.

612 · Gleichzeitig erhöhen sich die Ausgaben für das Bürgergeld und die  
613 Kosten der Unterkunft, sowie die Förderung der Erneuerbaren Energien noch  
614 weiter.

615 · Bei bestimmten mit dem Kabinettsbeschluss vereinbarten Maßnahmen

616 verschiedener Ressorts zeigt sich mit Blick auf die fortgeschrittene Zeit, dass  
617 diese ggf. nicht rechtzeitig umgesetzt werden können.

618 · Zudem gilt es mit Blick auf Verlässlichkeit und Stabilität im  
619 Haushaltsvollzug, die Bodensatz-GMA und weitere Globalpositionen auf das  
620 vertretbare Maß zu reduzieren.

621 Diese Herausforderung kann im weiteren Aufstellungsverfahren für den  
622 Bundeshaushalt gelöst werden, wenn der bereits mit dem Regierungsentwurf  
623 eingeschlagene Weg der qualitativen Konsolidierung konsequent fortgesetzt wird.  
624 Eine entsprechende weitere Absenkung der Ausgaben würde zudem dazu beitragen,  
625 die Vorgaben zur Einhaltung der europäischen Fiskalregeln zu erfüllen.

626 Folgende Maßnahmen sollten konsequent umgesetzt werden:

#### 627 1. Weitere qualitative Verbesserung des Bundeshaushalts 2025

628 · Das erreichte hohe Investitionsniveau muss im Haushalt verteidigt  
629 werden. Die qualitative Konsolidierung fordert eine Stärkung von Investitionen  
630 gegenüber dem Konsum. Die Kostendynamik insbesondere bei Sozialausgaben darf  
631 auch nicht zu Lasten von Zukunftsaufgaben wie Bildung und Forschung beantwortet  
632 werden.

633

634 · Der Handlungsbedarf muss ohne Steuererhöhungen geschlossen werden.  
635 Es darf im aktuellen wirtschaftlichen Umfeld keine zusätzlichen Belastungen  
636 geben, die zu einem weiteren Absinken des mittelfristigen Wachstums führen.

637 · Vielmehr sollten Investitionen und Wachstum mit der vollständigen  
638 Beseitigung der kalten Progression sowie dem Einstieg in die Abschaffung des  
639 Solidaritätszuschlags und einer Körperschaftssteuersenkung als erste Schritte  
640 zur Entlastung von Unternehmen in Verbindung mit einem angekündigten  
641 glaubwürdigen Pfad für die stufenweise Absenkung dieser Belastungen gestärkt  
642 werden.

643 · Der höhere Verschuldungsspielraum durch die Anpassung der  
644 Konjunkturkomponente der Schuldenbremse muss ausschließlich zum Ausgleich der  
645 Mindereinnahmen verwendet werden.

646 · Im Zuge der Haushaltsaufstellung von den Ressorts getroffene und im  
647 Kabinettsbeschluss festgehaltene Zusagen müssen konsequent umgesetzt oder durch  
648 Neupriorisierung im jeweiligen Einzelplan ausgeglichen werden. Dies betrifft  
649 etwa die Erschließung von Effizienzpotenzialen bei Integrationskursen, um den  
650 mit dem BMI abgestimmten Haushaltsansatz einzuhalten. Die vom BMI bereits  
651 angestoßenen Veränderungen stellen dabei einen ersten Schritt dar, dem weitere  
652 Schritte folgen müssen. Dies gilt insbesondere für eine stärkere Verzahnung mit  
653 der Integration in den Arbeitsmarkt.

#### 654 2. Reduktion ineffizienter Subventionen

655 · Ineffiziente Subventionen belasten den Haushalt in erheblichem  
656 Umfang. Entlang den oben beschriebenen Leitlinien der nun notwendigen  
657 wirtschaftspolitischen Neuausrichtung sollte die Subvention für Intel nicht nur  
658 verschoben werden, sondern ganz entfallen. Die bisher gebundenen Mittel von  
659 insgesamt 10 Mrd. Euro können aus dem KTF entnommen werden.

660 · Weitere ähnlich aufgesetzte Subventionsvorhaben sollten, wo möglich,  
661 wieder abgesagt wer-den. Das bezieht sich insbesondere auf Subventionen von  
662 Projekten, bei denen die Unternehmen selbst bereits die Einstellung der Projekte  
663 öffentlich gemacht haben. Es bedeutet aber eine generelle Umorientierung weg von  
664 Subventionen für einzelne Unternehmen hin zur Verbesserung der allgemeinen  
665 Rahmenbedingungen.

666 · Bei Anpassung und Abschaffung der oben beschriebenen (unnötigen)  
667 klimapolitischen Regulierungen können klimapolitisch motivierte  
668 Dauersubventionen abgeschafft und der KTF aufgelöst werden. Das führt zu einer  
669 insgesamt effizienteren Klimapolitik und es ergeben sich weitere Minderbedarfe.  
670 Dazu sollten kurzfristig neue Förderrichtlinien in der Entstehung gestoppt und  
671 die Titel für bestehende Programme reduziert werden. Zudem sollten für die  
672 Internationale Klimafinanzierung weniger Mittel aus dem Haushalt zur Verfügung  
673 gestellt werden.

674 · Durch die Reduktion ineffizienter Subventionen sollte die Förderung  
675 von Spitzenforschung um 1 Mrd. Euro erhöht werden. Forschung zählt zu den  
676 Kernbereichen der staatlichen Aufgaben und sollte in Deutschland in der  
677 Priorisierung wieder weit nach oben geschoben werden.

### 678 3. Wende in der Asyl- und Arbeitsmarktpolitik

679 · Mit der Anerkennung gilt für subsidiär Schutzberechtigte nicht mehr  
680 das AsylbLG, sondern sie erhalten Leistungen wie Inländer und damit bei Bedarf  
681 Leistungen nach dem SGB II. Für diese Gruppe sollte ein gesonderter Rechtskreis  
682 geschaffen werden, mit einem abgesenkten Leistungsniveau ähnlich dem AsylbLG bei  
683 Beibehaltung des Arbeitsmarktzugangs.

684

685 · In der Migrationspolitik sollten die beschlossenen Maßnahmen zur  
686 Eindämmung irregulärer Migration nur ein erster Schritt darstellen, es müssen  
687 weitere folgen. Durch eine niedrigere Zahl der Asylerstanträge fallen die  
688 Zahlungen an Länder und Kommunen zur Unterstützung („Pro-Kopf Pauschalen“) durch  
689 den Bund niedriger aus.

690 · Die Bürgergeld-Regelsätze sind im Jahr 2024 überproportional  
691 angestiegen. Sie liegen im Jahr 2025 weiter über dem Bedarf und sollten daher  
692 durch die Abschaffung der „Besitzstandsregelung“ abgesenkt werden, um  
693 Arbeitsanreize zu stärken. Zudem gilt es, die bereits bestehenden Möglichkeiten  
694 zur Stärkung der Eigenverantwortung konsequent anzuwenden und durchgehend  
695 verbindlich auszugestalten.

696 · Bedarfe für Unterkunft und Heizung werden in Höhe der tatsächlichen  
697 Aufwendungen anerkannt, soweit diese angemessen sind. Die einzelfallbezogene  
698 Abrechnung, insbesondere der Nebenkosten ist nicht nur aufwändig, sondern führt  
699 zu Fehlanreizen. Um diesen entgegenzuwirken, sollte eine regionalspezifische  
700 Pauschalierung eingeführt werden. Im Übrigen stärkt eine Abkehr von der  
701 Spitzabrechnung die Akzeptanz des Systems durch die Bürgerinnen und Bürger,  
702 insbesondere vor dem Hintergrund deutlich gestiegener Nebenkosten. Zudem sollte  
703 der Finanzierungsanteil des Bundes an den Aufwendungen für die Kosten der  
704 Unterkunft wieder abgesenkt werden. Anders als andere Maßnahmen des damaligen

705 Konjunkturprogramms wurde die Erhöhung des Finanzierungsanteils im Jahr 2020  
706 unbefristet beschlossen. Allerdings sind es die Länder und Kommunen die vor Ort  
707 die Regeln aufstellen, womit hier die Entscheidung über Umfang der Leistung und  
708 die Finanzverantwortung signifikant auseinanderfallen. Außerdem sollten die  
709 Obergrenzen für die angemessenen Wohnungsgrößen bundesweit vereinheitlicht  
710 werden.

711 · Die Arbeitsmarktintegration junger Menschen erfolgt derzeit unter  
712 geteilten Zuständigkeiten nach dem SGB II und SGB III. Diese Trennung führt zu  
713 administrativen Doppelstrukturen, ineffizienten Prozessen und inkonsistenter  
714 Unterstützung der Zielgruppe und sollte kurzfristig abgeschafft werden.  
715 Perspektivisch sollte Integration – nicht nur für junge Menschen – aus einer  
716 Hand erfolgen.

717 · Sämtliche Maßnahmen sind auf ihre Ziel- und Wirkungsorientierung zu  
718 überprüfen und ggf. anzupassen. Dies gilt insbesondere für eine  
719 wirkungsorientierte Sozialpolitik. Gleichzeitig ist durch Reformen in den  
720 Sozialversicherungen, insbesondere in der Kranken-, Renten- und  
721 Pflegeversicherung sicherzustellen, dass keine weiteren Belastungen des  
722 Bundeshaushalts eintreten und, wie oben bereits dargestellt,  
723 Beitragssatzerhöhungen begrenzt werden. Dazu sollten insbesondere die Abschläge  
724 bei frühzeitigem Renteneintritt angepasst werden.

725 Die Umsetzung der in diesem Papier beschriebenen Maßnahmen führt aufbauend auf  
726 dem RegE zum Bundeshaushalt 2025 zu einem Haushalt, der solide und  
727 verfassungsfest aufgestellt ist, der weiterhin die Regelgrenze der  
728 Schuldenbremse einhält, der mit den europäischen Regeln vereinbar ist und der  
729 die wirtschaftspolitisch notwendige Neuausrichtung vollzieht.